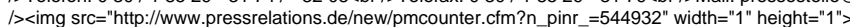




## Pilotprojekte zur Herkunftskontrolle von Lebensmitteln und zur Verbesserung des Tierschutzes gestartet

Pilotprojekte zur Herkunftskontrolle von Lebensmitteln und zur Verbesserung des Tierschutzes gestartet  
Bundeslandwirtschaftsministerium übergibt Förderbescheide  
Tierschutz und die regionale Herkunft von Lebensmitteln sind für Verbraucher wichtige Kriterien beim Einkauf. Das Bundeslandwirtschaftsministerium stellt für Modell- und Demonstrationsvorhaben in diesem Bereich bis 2016 insgesamt 21 Millionen Euro zur Verfügung.  
Bei der Übergabe der ersten beiden Förderbescheide in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) sagte der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Robert Kloos: "Im Verbundprojekt "Wasserzeichen" soll mittels einer neuen Analytikmethode ein neuartiges System zur Herkunftskontrolle von Erzeugnissen im Praxistest erprobt werden. Ziel des Vorhabens ist die Erarbeitung eines Konzeptes für eine Referenzdatenbank, die über den Abgleich von Isotopenmustern von landwirtschaftlichen Produkten eine Überprüfung bzw. Absicherung der deklarierten Herkunft ermöglichen soll." Das Projekt wird vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau Deutschland e.V. (FiBL), Frankfurt am Main, sowie der Agroisolab GmbH, Jülich, durchgeführt. Bei einer erfolgreichen Erprobung soll es in Zukunft eine Referenzdatenbank geben, die eine eindeutige Überprüfung bzw. Absicherung der deklarierten Herkunft von landwirtschaftlichen Produkten ermöglicht. Das ist auch deshalb wichtig, weil die Lebensmittel-Informationsverordnung in Zukunft die Angabe der Herkunft von Fleisch von Schweinen, Schafen, Ziegen und einigen Geflügelarten verlangt.  
Ein weiterer Förderbescheid soll die Tierhaltung verbessern und Haltungsformen und Verfahren mit herausragender Bedeutung für den Tierschutz in der Praxis etablieren. Das Bundeslandwirtschaftsministerium setzt sich dafür ein, dass künftig so genannte "nicht kurative Eingriffe" wie zum Beispiel das Kupieren von Schwänzen in der Tierhaltung keine Anwendung mehr finden. Landwirte der teilnehmenden schweinehaltenden Betriebe werden im Rahmen des geförderten Projektes von einem Tierwohlberater intensiv unterstützt, wie sie auf solche Methoden verzichten können. Das Bundeslandwirtschaftsministerium leistet hier einen konkreten Beitrag zur Verbesserung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung.  
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)  
Wilhelmstraße 54  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 0 30 / 1 85 29 - 31 74 / - 32 08  
Telefax: 0 30 / 1 85 29 - 31 79  
Mail: pressestelle@bmelv.bund.de  
URL: <http://www.bml.de>  


### Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de  
pressestelle@bmelv.bund.de

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de  
pressestelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.